

**Antrag 2024/GS/1**  
**SPD-Frauen KV Ahrweiler**

**Empfehlung der Antragskommission**  
**Überweisen an: Landtagsfraktion**

**Kostenlose Empfängnisverhütung**

1 In der Bundesrepublik Deutschland ist es  
2 jungen Frauen nur bis zur Vollendung des  
3 21. Lebensjahres möglich, sich die Pille zur  
4 Empfängnisverhütung von der Krankenkas-  
5 se finanzieren zu lassen.  
6 Die Verpflichtung, Verhütungsmittel ab  
7 dem 22. Lebensjahr selber zahlen zu  
8 müssen setzt voraus, dass ausreichend  
9 finanzielle Mittel vorhanden sind.  
10 Selbstbestimmte Familienplanung gehört  
11 zu den Menschenrechten. Dieses Recht  
12 wird eingeschränkt, wenn Menschen, ins-  
13 besondere Frauen eben nicht über ausrei-  
14 chend finanzielle Mittel verfügen, um das  
15 für sie individuell am besten passende Ver-  
16 hütungsmittel zu beschaffen.  
17 Mittlerweile kooperieren viele kommunale  
18 und freie Träger und schaffen freiwillige,  
19 meist spendenbasierte Möglichkeiten für  
20 einkommensschwache Menschen Verhü-  
21 tungsmittel kostenlos oder stark subven-  
22 tioniert zur Verfügung stellen zu können.  
23 Hierdurch entstehen regionale Ungleichbe-  
24 handlungen und ein Flickenteppich an Lö-  
25 sungen.  
26 Für uns ist es selbstverständlich, dass jede  
27 Frau, egal welchen Alters, Wohnortes oder  
28 Einkommenssituation, ein Anrecht auf ei-  
29 nen finanzierbaren Schutz vor ungewollten  
30 Schwangerschaften und sexuell übertrag-  
31 baren Krankheiten haben muss.  
32 Die Problematik ist bekannt. Bereits im  
33 Zeitraum 2017 - 2019 wurde vom Bundes-  
34 frauenministerium ein Projekt gefördert,  
35 im Rahmen dessen der pro familia Bun-  
36 desverband e.V. in sieben Städten den Zu-

37 gang zu einer Kostenübernahme verschrei-  
38 bungspflichtiger Verhütungsmittel ermög-  
39 lichte. Auf Initiative des Bundesfrauenmi-  
40 nisteriums wurde dann 2019 die Alters-  
41 grenze für die Kostenübernahme von ver-  
42 schreibungspflichtigen Verhütungsmitteln  
43 vom 20. auf das 22. Lebensjahr angehoben.  
44 Eine darüberhinausgehende Möglichkeit  
45 der Kostenübernahme besteht nach wie  
46 vor nicht.

47

48 Wir fordern daher die Landesregierung  
49 Rheinland-Pfalz auf, die Möglichkeit ei-  
50 ner landesweit einheitlichen Kostenüber-  
51 nahme für verschreibungspflichtige Verhü-  
52 tungsmittel für Frauen ab dem 22. Lebens-  
53 jahr und mit keinem oder geringem Ein-  
54 kommen zu schaffen.

55

56 Antrag an: Landesregierung Rheinland-  
57 Pfalz